Wo bleibt die Ethik?

- Die jetzt von den Parteien angepeilten Veränderungen in der Gesundheitspolitik sind beispielhaft. Beispielhaft für politische Veränderungsprozesse in der deutschen Verbände- und Verhandlungsdemokratie. Ein Ergebnis steht nämlich jetzt schon fest: Die größte Last werden die Pflichtversicherten und unter ihnen die Kranken zu tragen haben.
 - Die haben keine schlagkräftige Vertretung, die auf den Flure und in den Vorzimmern der Macht, in der Lobby also, erklärt, was zu tun wichtiger noch: was auf keinen Fall zu tun ist. Nur so ist zu erklären, dass die Union praktisch überhaupt keine Reformvorschläge, sondern nur Vorschläge zur Änderung der Finanzierung des Systems macht.
 - Auch Ulla Schmidts Vorschlag einer 15-Euro-Eintrittsgebühr beim Facharzt ist unausgegoren, hat aber wenigstens den Hauch eines Steuerungsanpruchs. Anders als die Union zeigt sie aber auch Reformwillen, der sich gegen mächtigen Interessen wird durchsetzen müssen. Beispiele sind die Zulassung von Apothekenketten und Versandapotheken und die Möglichkeit für die Krankenkassen. Direktverträge mit
- Versandapotheken und die Möglichkeit für die Krankenkassen, Direktverträge mit Ärzten abschließen zu können.

10

20

25

30

- Was auf dem Weg der Gesetzgebung durch Bundestag und Bundesrat von der Reform übrig bleiben wird, wird sich zeigen. Im Gesetzgebungsprozess, der nun mit dem Anhörungsverfahren im Bundestag in Gang gekommen ist, spielen natürlich auch persönliche politische Interessen, Machtinteressen also, eine Rolle.
- Horst Seehofer spielt den Robin Hood der Union so lange, wie ihn die CSU-Landesgruppe lässt. Angela Merkel will Führungsstärke zeigen, kann auf Seehofer als Verhandlungsführer aber nicht so leicht verzichten. Stoiber will den bayerischen Wählern ebenfalls keine Großkröten zum Schlucken geben, weil er sich mit einem Superwahlergebnis für 2006 empfehlen könnte. Und dann ist da noch Roland Koch, der – ebenfalls 2006 fest im Visier – sich im Bundesrat als Problemlöser profilieren möch-
- Über all diesem Hickhack, das nun einmal zur Politik gehört, wird die gesundheitspolitische Gretchenfrage weiterhin gerne übersehen: Was wollen wir uns in Zukunft
 leisten? Über diese Frage muss die Solidargemeinschaft vor dem Hintergrund des
 meist teuren medizinischen und pharmakologischen Fortschritts diskutieren und entscheiden. Ohne gesellschaftliche Vereinbarung überethische Grundfragen wird jede
 Gesundheitsreform immer wieder in der bloßen Kostendämpfung stecken bleiben.

Quelle: Neue Westfälische vom 23.06.2003: Kommentar von P. Stuckhard